

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Auf gutem Weg Vorstoß zur Rücknahme einer absatzhinderlichen Steuerrichtlinie im Automobilbereich verspricht Erfolg



Es ist schon kurios. Da leisten wir uns eine milliardenschwere Umweltpremie, um die Autokonjunktur im Land anzukurbeln. Und die Hauptprofiteure sind Hersteller kleiner Fahrzeuge aus dem Ausland. Premiumfirmen hingegen (also Hersteller von Oberklassewagen, eine traditionelle Domäne deutschen Automobilbaus) profitieren von der Abwrackprämie kaum. Dies ist ungerecht. Schließlich hätten es auch deren Beschäftigte, Bandarbeiter, Lackierer etc., also Menschen mit lediglich geringem bis durchschnittlichem Einkommen, verdient, zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze ein Stück vom Kuchen der Konjunkturpakete abzubekommen. Denn wenn man sich schon zu solchen Maßnahmen entschließt, sollten in erster Linie auch heimische Beschäftigte von dem Geld der Regierung profitieren (das ja auch heimische Steuerzahler aufbringen

müssen) und nicht so sehr Arbeiter ausländischer Firmen, deren Werke nicht in Deutschland stehen.

Deshalb haben mein Kollege Clemens Binninger und ich schon vor Wochen einen Vorstoß unternommen, die Wettbewerbsverzerrung zulasten deutscher Automobilhersteller zu korrigieren.



(Mitinitiator des Werkswagenvorstoßes: Clemens Binninger MdB.)

Unser Vorschlag sieht vor, beim Werkswagenverkauf anzusetzen, der ein wichtiges Marktsegment gerade im Premiumbereich ausmacht. Hier sind, lange schon vor der Wirtschaftskrise, die Verkaufszahlen dramatisch eingebrochen. Schuld daran ist eine nicht mehr zeitgemäße Besteuerungsrichtlinie

des Bundesfinanzministers aus dem Jahr 1996, die von geldwerten Vorteilen der Werksangehörigen beim Jahreswagenverkauf ausgeht, die in der Realität längst nicht mehr vorhanden sind.

Folge dieser unzeitgemäßen Bestimmung, etwa bei Daimler in Stuttgart, ist folgender Verkaufschwund: Wurden 2002 noch 40.000 Fahrzeuge an Mitarbeiter verkauft, waren es 2008 nur noch 7.000. Ähnlich sieht es bei BMW aus und bei Audi, dessen Neckarsulmer Werk in meinem Wahlkreis liegt. Kein Wunder, dass wir mittlerweile von den Gesamtbetriebsräten dieser Hersteller Zustimmung für unseren Vorschlag bekommen haben. Gerade den Arbeitnehmervertretern vor Ort ist bewusst, dass es in unserem Vorschlag um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht und nicht um eine Suventionierung von Luxusautos (wie die Linken absurderweise behaupten).

Manfred Schoch, Betriebsratschef von BMW, schrieb dazu in einem Brief an mich: „Ich habe mich über diesen konstruktiven und sinnvollen Vorschlag sehr gefreut und möchte Ihnen namens der BMW Group ausdrücklich dafür danken. Die drei deutschen Premium-Automobilhersteller...können die durch Ihre Initiative ausgelöste Unterstützung gut gebrauchen. Es läge gleichermaßen im Interesse der Arbeitnehmer, der Automobilindustrie und des Wirtschaftsstandorts Deutschland, hier greifbare Verbesserungen zu erreichen.“



(Grünes Licht von der Landesgruppe für die Initiative in Sachen Werkswagen.)

Als erster Erfolg auf dem guten Weg zu diesen tatsächlich greifbaren Verbesserungen kann die Zustimmung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg zu unserem Vorstoß angesehen werden. Sie erfolgte Anfang der Woche, und Georg Brunnhuber wandte sich bereits mit einem offiziellen Schreiben an Finanzminister Steinbrück, um namens der Landesgruppe die Forderung von Clemens Binner und mir zu unterstützen, die überaltete Rabatttrichtlinie im Automobilbereich den veränderten Umständen anzupassen.



(Hat bereits Unterstützung signalisiert: Unions-Fraktionschef Volker Kauder.)

Wenn, wie es aussieht, nächste Woche auch die gesamte Unions-Fraktion unseren Vorschlag übernimmt, stehen die Chancen endgültig gut, dass Peer Steinbrück einlenkt (auch wenn er heute per Pressemitteilung noch jedes Entgegenkommen von sich weist). Immerhin dient unser Vorschlag so klar Arbeitnehmerinteressen und steuerlicher Gerechtigkeit, dass er auch einem Sozialdemokraten nicht anstößig erscheinen kann, es sei denn, ihn ärgert die Tatsache, nicht selbst darauf gekommen zu sein.

Streitpunkt Plebiszit

Die Redaktion der renommierten Zeitschrift „Blickpunkt Bundestag“ hatte mich diese Woche zu einem Streitgespräch eingeladen. Thema war die Frage, ob in Deutschland auf Bundesebene Volks-

abstimmungen eingeführt werden sollen. Dies fordert schon lange Gerald Häfner, Grünenpolitiker aus Bayern und Initiator des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ Er war mein „Sparringspartner“ im Streitgespräch und es ging in diesem verbalen „Boxkampf“ erfrischend heftig zur Sache.



(Klarer Befürworter einer repräsentativen Demokratie: Thomas Strobl.)

Meine Position ist klar. Obwohl kein strikter Gegner von Plebisziten, die es ja in anderen Ländern längst gibt, sehe ich in ihnen auch nicht, wie Häfner, ein Allheilmittel zur Vermeidung von Bürgerverdrossenheit. Denn dann müssten ja Länder mit mehr „Direktdemokratie“ zufriedenerer Menschen vorweisen können, was eindeutig nicht der Fall ist (man denke nur an die regelmäßigen Bürger-Proteste in Italien und Frankreich).

Das Hauptmanko der Argumente Häfners war indes seine blauäugige Sicht politischer Entscheidungsprozesse. Er will dem Volk politische Sachfragen jedweder Art zur Abstimmung vorlegen mit der Begründung, die Wähler seien bestimmt nicht dümmer als Politiker. Das ist zwar im Prinzip richtig, aber kein wirkliches Argument, da viele Themengebiete so komplex sind, dass sie Spezialwissen erfordern, das nicht allen Menschen gleichermaßen gegeben ist und nichts mit Klugheit oder Dummheit zu tun hat. So braucht man z.B. durchaus nicht dümmer zu sein als sein Automechaniker und lässt dennoch nötige Reparaturen besser ihn ausführen, statt selbst Hand anzulegen. Und solcher Primat des Sachverstands gilt eben auch für politische Fragen. Häfner möchte den Bürgern z.B. Plebiszit-Entscheidungen sogar in Steuerfragen zubilligen, also ausgerechnet in einer der kompliziertesten Materien überhaupt, die Steuerberatern zwar Lohn und Brot sichert, aber normale Bürger zur Verzweiflung bringt. Hier den Menschen direktdemokratische Entscheidungen abzuverlangen, heißt, sie

Freitag, den 8. Mai 2009

überfordern, und öffnet im Zweifel Nonsensentscheidungen Tür und Tor wie in jenem Witz aus der Amtszeit Ronald Reagans, der von einem Plebiszit handelt. Als sich der US-Präsident und Ex-Hollywood-Schauspieler zu einer Steuererhöhung gezwungen sah, wollte er sich - als großer Kommunikator immer nahe mit dem Ohr am Volk - der Zustimmung der Bürger versichern und fragte seine Landsleute: „Wessen Steuern sollen wir erhöhen?“ Worauf das Volk wie aus einer Kehle antwortete: „Die von jedem, nur nicht von mir“. Darauf Reagan strahlend: „Wie schön, sie sind sich alle einig!“

Komplexität der Politik, die mit plebiszitären Ja-Nein-Methoden nicht reduziert werden kann, ist aber nicht das einzige Argument gegen Volksabstimmungen. Gegen Plebiszite sprechen auch die Leidenschaften, die sie entfesseln können und die dann meist „Bauch“-Entscheidungen auslösen, die man später oft bereut. Man braucht ja nur an das berühmteste „Plebiszit“ der Geschichte zu denken, um den begrenzten Wert dieser Abstimmungstechnik zu begreifen, die Frage nämlich von Pilatus an das Volk von Jerusalem, wer zum Paschafest freigelassen werden soll, Barabbas oder Jesus. Die Antwort ist bekannt und kein Ruhmesblatt für die Urteilsfähigkeit der Masse in emotional aufgeregter Situation!

Obwohl ich Herrn Häfner mit meinen Argumenten nicht überzeugen konnte - zu dogmatisch-festgefahren ist sein Ansatz -, habe ich den verbalen Schlagabtausch mit ihm sehr genossen. Ich freue mich schon auf den Abdruck unseres Streitgesprächs in der nächsten Ausgabe von „Blickpunkt Bundestag.“ (Sie können diese Ausgabe übrigens, bei Interesse, gerne Anfang Juni bei uns anfordern.)

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- EU begründet die „Östliche Partnerschaft“
- Bericht zur Nachhaltigen Entwicklung
- Höchstspannungsleitungsbau erleichtert
- Menschenrechtspolitik der EU

Falls Sie zu diesen Themen nähere Auskünfte möchten, scheuen Sie sich nicht, sie in meinem Berliner Büro anzufordern. Tel. 030 / 227 72 542.

BESUCH AUS DEM WAHLKREIS



Wann immer es mir die Zeit erlaubt, empfangen Sie mich mit Freude Besuchergruppen aus dem Wahlkreis. Diese Woche traf ich mit Handballerinnen des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Neckarsulm zusammen, die in Berlin am Bundesfinale der Aktion „Jugend trainiert für Olympia“ teilnahmen und tolle Leistungen zeigten. Dass sie auch politisch interessiert waren, bewies die rege Diskussion, die wir in der Landesvertretung Baden-Württemberg führten.

Die zwischen 14 und 17 Jahre alten Mädchen stellten viele kluge Fragen zum politischen System Deutschlands und zeigten sich gut informiert über aktuelle Entwicklungen. Ich war sehr beeindruckt von ihrer Kenntnis und wünschte ihnen und ihren Betreuern Jürgen Kaufmann, Dietmar Brunn und Günter Schäfer alles Gute für den weiteren Turnierverlauf, der erst heute Abend zu Ende geht.

PRESSEMITTEILUNGEN:

Nach der AOK-Radtour „Rund um Heilbronn“ gehts sportlich weiter:

Thomas Strobl MdB startet bei drei Sportveranstaltungen im Wahlkreis Heilbronn

Der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete und passionierte Hobbysportler Thomas Strobl (CDU) geht in den kommenden Tagen gleich bei drei sportlichen Großereignissen der Region an den Start:

Schon am kommenden Samstag, dem 9. Mai 2009, nimmt er beim Südzuckerlauf in Bad Friedrichshall-Duttenberg seine Beine unter die Arme und startet über die 10 km-Distanz. „Der Südzuckerlauf ist für mich ein unnachahmlich sympathischer Lauf, auf den ich mich schon seit letztem Jahr freue!“, erklärt der Bundestagsabgeordnete, der auch letztes Jahr an diesem Lauf teilgenommen hat.

Gleich einen Tag später, am Sonntag, dem 10. Mai, wechselt Thomas Strobl dann um 9 Uhr aufs Fahrrad und fährt bei der 35 km langen „Handwerker on Tour 2009“-Radtour rund um das wunderschöne Heilbronn.

„Respekt“ und eine „gesunde Portion Nervosität“ nötigt Thomas Strobl MdB aber sein dritter und härtester Wettkampf in diesem Jahr ab: der Heilbronner Trollinger-Halbmarathon am 17. Mai. „Obwohl ich bereits zum neunten Mal beim Heilbronner Trollinger-Halbmarathon mitmache, fiebere ich dem Lauf jedes Jahr aufs Neue entgegen!“, erklärt Strobl begeistert. „Die gigantischen Stimmungsnester entlang der Strecke, die abertausenden Mitsportler und Zuschauer, sowie die einzigartige Streckenführung durch das traumhafte Heilbronner Land machen den Trolli für mich zu einem einzigartigen Erlebnis“, so Thomas Strobl.

Ein Jahr USA für junge Leute

Auch im Jahr 2010 findet wieder das traditionelle Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages statt, das es jungen Leuten ermöglicht, ein Jahr in den USA zu leben. Das Besondere an diesem Programm ist, dass der Deutsche Bundestag und der Kongress der USA nahezu alle Kosten übernehmen.

Interessierte im Wahlkreis Heilbronn wenden sich bitte an den direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl MdB.

Bewerbungsschluss für Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige ist am 4. September 2009.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm wurde 1983 vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten Einwanderung von Deutschen in die USA ins Leben gerufen. Mit diesem Programm soll jungen Deutschen und Amerikanern in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Vorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermittelt werden.

Untergebracht werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während ihres Aufenthalts in den USA bei Gastfamilien. Schülerinnen und Schüler besuchen eine amerikanische Schule, junge Berufstätige werden an einem Community College unterrichtet und machen ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

Das Besondere an diesem Programm ist, dass die gesamten Reise-, Flug-, Versicherungs- und Programmkosten vom Deutschen Bundestag und vom Amerikanischen Kongress getragen werden.

Bewerben kann sich

jede Schülerin und jeder Schüler mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und guten Schulleistungen, die/der am 31.7.2010 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt ist (Geburtstage vom 1.8.1992 bis 31.7.1995),

oder

jede/r junge Berufstätige mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die/der am 31.7.2010 ihre/seine Berufsausbildung abgeschlossen hat und mindestens 16 und höchstens 24 Jahre alt ist (Geburtstage vom 1.8.1985 bis 31.7.1994).

Auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung sind teilnahmeberechtigt.

SCHLUSSWORT:

Der "doppelte" Thomas Strobl

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche erhielt ich eine E-Mail-Nachricht aus dem Büro eines befreundeten Abgeordneten-Kollegen. Darin wurde ich auf einen Zeitungsbericht aufmerksam gemacht, in dem ich falsch zitiert wor-

den sei, weil im Bericht deftige Kapitalismuskritik durchschimmere. Wie sich herausstellte, war das Zitat aber richtig, nur der Thomas Strobl, von dem es stammte, war ein anderer!

Tatsächlich gibt es einen Namensvetter von mir, der seit geraumer Zeit wirtschaftspolitische Kommentare in der Online-Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schreibt. Dieser andere Thomas Strobl ist Österreicher und studierter Ökonom. Seine Texte, die sehr lesbar geschrieben sind, enthalten regelmäßig kluge Gedanken und ich beschäftige mich sehr gerne mit ihnen. Dennoch sind unsere Ansichten in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht deckungsgleich, gerade was die Schärfe seiner Wirtschaftskritik angeht. Deshalb muss ich an dieser Stelle dringend davor warnen, alles in der Presse einem „Thomas Strobl“ Zugeschriebene automatisch mit mir in Verbindung zu bringen. Dies könnte erhebliche Verwirrung stiften – nicht nur bei Abgeordnetenkollegen.



(Der „andere“ Thomas Strobl.)

Immerhin gibt es eine gute Möglichkeit der Unterscheidung: Der FAZ-Strobl verwendet als Beinamen regelmäßig den Titel seines Internet-Blogs „chaos as usual“. Das aber grenzt ihn deutlich von mir ab. Denn dass jemand mit diesem „nickname“ CDU-Politiker sein könnte, ist ausgeschlossen – darüber sind wir uns, hoffentlich, alle einig!

In diesem, etwas launigen Sinne, grüße ich Sie herzlich und verbleibe bis zum nächsten Berlin Aktuell

Thomas Strobl